

## **1298 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP**

# **Bericht des Unterrichtsausschusses**

### **über den Initiativantrag 592/A der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz geändert wird**

Die Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen haben diesen Initiativantrag am 25. Juni 1998 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

“Die Novellierung des § 25 Abs. 2 SchUG ermöglicht das einmalige Aufsteigen trotz ‚Nicht genügend‘ in zwei Pflichtfächern auf Antrag der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten und ist als erster Schritt zu einer angstfreien Schule zu betrachten.

In den meisten Ländern Europas ist man vom sinnlosen Wiederholen ganzer Schulstufen schon längst abgekommen, zumal EU-Studien belegen, daß sich das Wiederholen der Klasse auf die Entwicklung der Kinder nachteilig auswirkt.

Das Wiederholen einer Klasse darf nicht von der oft subjektiven Bewertung mit ‚Nicht genügend‘ in einem oder zwei Fächern abhängig gemacht werden.

Dies wurde im Herbst 1996 von Unterrichtsministerin Gehrler in einem Interview für die Tageszeitung ‚Die Presse‘ bestätigt: ‚Mir geht es im Prinzip nur darum, daß man nicht auf Grund eines zeitlich begrenzten Versagens – es gibt manchmal Probleme, wie Scheidung der Eltern, oder es geht einem mies, oder auf Grund der Pubertät – ein ganzes Jahr verliert; denn welchen Sinn macht es, wenn man 14 Fächer hat, in 13 Fächern positiv abschneidet, in einem Fach negativ und alle anderen Fächer auch wieder machen muß? Das war die Ausgangsbasis der Diskussion. Dazugekommen ist noch, daß sich viele in Österreich beklagt haben, daß die Lehrerkonferenz nicht das bringt, was man meint. Daß oft entschieden wird nach der Klassenschülerzahl, nach der Teilungszahl im nächsten Jahr.‘ ”

Der Unterrichtsausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag 592/A in seiner Sitzung am 25. Juni 1998 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Maria **Schaffenrath**, Mag. Karl **Schweitzer**, Dr. Dieter **Antoni**, Dr. Getrude **Brinek**, Dr. Susanne **Preisinger**, Mag. Walter **Posch**, Dr. Udo **Grollitsch**, Johann **Schuster**, Dr. Robert **Rada**, Katharina **Horngacher**, Dr. Christa **Krammer**, Elfriede **Madl**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dr. Sonja **Moser-Starrach** sowie die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten Elisabeth **Gehrler**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Initiativantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1998 06 25

**Mag. Walter Posch**

Berichterstatter

**Mag. Dr. Josef Höchtl**

Obmann